

## Antrag Ini01: Wehrhafte Demokratie heißt handeln. Jetzt AfD-Verbotsverfahren vorbereiten – und die Menschen zurückgewinnen

|                               |                        |
|-------------------------------|------------------------|
| Antragsteller*in:             | SPD Parteivorstand     |
| Status:                       | angenommen             |
| Empfehlung Antragskommission: | Annahme                |
| Sachgebiet:                   | Ini - Initiativanträge |

1 Seit 162 Jahren streiten wir für Demokratie. Wir wissen: Freiheit, Gerechtigkeit und  
2 Solidarität können nur in einer Gesellschaft entstehen und bestehen, die auf  
3 universellen Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit aufbaut.

4 Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die das gewährleistet. Sie organisiert die  
5 Mehrheitsbildung in einer vielfältigen und offenen Gesellschaft. Sie schützt die  
6 Rechte von Minderheiten. Und sie lebt vom Vertrauen in gleiche Freiheit, gleiche  
7 Würde und gleiche Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder  
8 sozialem Status.

9 Demokratie ist kein Naturzustand. Sie ist verletzlich. Sie lebt von Voraussetzungen,  
10 die sie selbst nicht garantieren kann: von unser aller innerer demokratischer  
11 Überzeugung. Demokratisch zu sein ist deshalb eine bewusste und fortwährende  
12 Entscheidung – für eine solidarische Gesellschaft, für das Gemeinwohl, für das  
13 Menschenrecht auf Mitbestimmung.

14 In einer starken Gemeinschaft der Demokrat\*innen wollen wir diese Gesellschaft  
15 schützen – vor ihren alten und neuen Feinden. Dafür stehen wir: unserer Grundwerte  
16 bewusst und unserer Geschichte verpflichtet.

### 17 **Aus verbaler Gewalt wird physische Gewalt**

18 Die größte Gefahr für unsere Demokratie ist der Rechtsextremismus. Er ist keine  
19 politische Meinung, sondern eine Kampfansage an die Grundlagen eines freien und guten  
20 Zusammenlebens. Die aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamts zur politisch motivierten  
21 Kriminalität belegen erneut die weiter wachsende Bedrohung: Im Jahr 2024 wurden  
22 bundesweit 42.788 rechtsmotivierte Straftaten registriert – ein Anstieg von fast 50%  
23 im Vergleich zum Vorjahr. Damit machen sie mit Abstand den größten Anteil aller  
24 politisch motivierten Straftaten aus. Besonders besorgniserregend ist auch der  
25 Anstieg rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten um 13% Prozent.

26 Diese Entwicklung ist nicht nur eine gesellschaftliche und sicherheitspolitische  
27 Herausforderung – sie hat zunehmend verfassungsrechtliche Relevanz. Denn wenn  
28 rechtsextreme Ideologie nicht nur auf der Straße, sondern auch in Parteien und  
29 Parlamenten Fuß fasst, wird politische Pluralität nicht gelebt, sondern gezielt  
30 missbraucht – von Kräften, die sich außerhalb unserer Verfassungsordnung stellen und  
31 darauf hinarbeiten, eben diese Ordnung abzuschaffen.

32 Gradmesser dieser zunehmenden Relevanz ist die Einstufung der AfD durch das Bundesamt  
33 für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“. Mit ihrer seit Jahren  
34 betriebenen Strategie der gezielten Grenzverschiebung macht die AfD Rassismus und

35 völkisch-nationales Denken wieder salonfähig – und trägt aktiv zur Verrohung des  
36 öffentlichen Diskurses bei. Wo Worte entgrenzen, folgen Taten: Die Schwelle zur  
37 Gewalt sinkt, wenn die Menschenwürde anderer bewusst infrage gestellt wird.

### 38 **Die fortschreitende Radikalisierung der AfD**

39 Schon bei ihrer Gründung zeigte die AfD rechtsradikale Tendenzen – heute ist sie klar  
40 rechtsextremistisch. Der völkische Flügel dominiert die Partei. Ein demokratisches  
41 Korrektiv existiert in der AfD faktisch nicht mehr. Die Belege für die  
42 Verfassungswidrigkeit der AfD sind erdrückend – vielfältig, dokumentiert und ihr als  
43 Partei zurechenbar.

44 Björn Höcke, nach gerichtlicher Feststellung Rechtsextremist, sollte 2017 noch  
45 ausgeschlossen werden. 2019 erklärte ihn der AfD-Ehrenvorsitzende zur „Mitte der  
46 Partei“. Auch Co-Vorsitzende Alice Weidel hat sich dem völkisch-nationalistischen  
47 Kurs angeschlossen. Im Bundestagswahlkampf hetzte sie offen für „Remigration“ – die  
48 Ausweisung von Menschen, die nicht in das ethnisch definierte Volksbild der extremen  
49 Rechten passen. Eine Kampfansage an das Grundgesetz und die Menschenwürde.

### 50 **Demokratiefeind in den Parlamenten**

51 Und immer wieder wird der Nationalsozialismus verherrlicht und NS-Verbrechen  
52 relativiert: Matthias Helferich (MdB) nannte sich das „freundliche Gesicht des NS“,  
53 viele Mandatsträger, wie Björn Höcke, wurde mehrfach wegen Nazi-Parolen verurteilt.  
54 Wo sie kann, macht die AfD die parlamentarische Demokratie verächtlich – etwa, als  
55 ihr Alterspräsident im Thüringer Landtag die Konstituierung sabotierte und erst durch  
56 das Verfassungsgericht gestoppt wurde. In internen Chats wird zur „Stürmung des  
57 Bundestags“ aufgerufen. Oder ganz offen Enrico Komning, heutiger Parlamentarischer  
58 Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, der sagte: „Diese Demokratie..., die wollen  
59 wir ja aber gar nicht. Die wollen wir doch abschaffen.“

### 60 **AfD kein normaler politischer Akteur**

61 Mit einer Partei, die demokratische Regeln missbraucht, um die Demokratie von innen  
62 zu bekämpfen, ist kein fairer Wettbewerb möglich. Jeder Versuch, sie in den  
63 demokratischen Diskurs einzubinden, läuft ins Leere. Mit KI-gesteuerter politischer  
64 Kommunikation setzt die AfD auf Desinformationen und Fake News anstelle von  
65 wahrhaftigen Argumenten. Die erheblichen Finanzströme der AfD und ihre  
66 Unterstützungsstruktur ist oftmals nebulös und mangelhaft transparent. Die AfD  
67 sabotiert das System – sie ist kein Mitbewerber, sondern ein Feind der  
68 parlamentarischen Demokratie. Käme sie an die Macht, wäre zu befürchten, dass sie  
69 nicht mehr abgewählt werden könnte, weil sie die freiheitlich-demokratische  
70 Grundordnung abschaffen würde. Parlamentarische Demokratien leben vom gemeinsamen  
71 demokratischen Konsens. Die AfD teilt diesen nicht – sie lehnt die Gewaltenteilung  
72 ab.

### 73 **Mit Lügen zur Macht – Desinformation und Spaltung als Strategie**

74 Die Verrohung des gesellschaftlichen Klimas ist Teil der politischen Methode der AfD.  
75 Sie appelliert bewusst an die rohe Bürgerlichkeit – an Unsicherheit, Empörung und

76 Enttäuschung –, um gezielt Ressentiments zu schüren und Menschen zu radikalisieren.  
77 Mit Verschwörungserzählungen, Hetze und Tatsachenverdrehung verschiebt sie die  
78 Grenzen des Sagbaren und will völkisch-nationales Denken normalisieren. Ihre Angriffe  
79 auf freie Medien, Wissenschaft, Justiz und staatliche Institutionen zielen darauf,  
80 Vertrauen zu zerstören und demokratische Debatten zu vergiften. Dabei agiert sie  
81 nicht isoliert: Es gibt Hinweise auf Verbindungen zu international agierenden  
82 Akteuren, die Einfluss auf die öffentliche Meinung in Deutschland nehmen und die AfD  
83 gezielt als innenpolitisches Destabilisierungsinstrument stärken.

84

#### 85 **Gezielter Angriff auf das Herz unserer Demokratie**

86 Diese Strategie der Diskursvergiftung ist kein Selbstzweck – sie ist Teil eines  
87 umfassenden Angriffs auf die demokratischen Institutionen unseres Landes. Die AfD  
88 verfolgt eine Strategie, die darauf abzielt, zentrale Institutionen unseres  
89 demokratischen Rechtsstaats zu delegitimieren und das Vertrauen in die  
90 parlamentarische Demokratie systematisch zu untergraben. Sie verspottet demokratische  
91 Verfahren, unterläuft bewusst parlamentarische Regeln und nutzt ihre Mandate nicht  
92 zur Mitgestaltung, sondern zur bewussten Verächtlichmachung und Schwächung unserer  
93 demokratischen Ordnung. Ihr Ziel ist es, die freiheitlich-demokratische Grundordnung  
94 von innen heraus zu zersetzen. Dieses Vorgehen ist autoritären Bewegungen historisch  
95 bekannt – und unsere Geschichte mahnt uns, solchen Angriffen rechtzeitig und  
96 entschlossen entgegenzutreten.

#### 97 **Aus Warnung wird Verantwortung – der Weg zum Parteiverbot**

98 Je klarer die Befunde sind, desto näher rückt der Punkt, an dem die Schutzinstrumente  
99 unserer Verfassung greifen müssen – allen voran die Entscheidung zur Einleitung eines  
100 Verfahrens auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD nach Artikel 21 Absatz  
101 2 Grundgesetz mit der Folge eines Parteiverbots (§ 46 Absatz 3  
102 Bundesverfassungsschutzgerichtsgesetz). Am Ende dieses Weges steht für uns kein  
103 politisches Ermessen mehr, sondern Verantwortung: vor unserer Geschichte und zum  
104 Schutz unserer Demokratie vor ihren Feinden. Deshalb stellt sich mit wachsender  
105 Klarheit und Konsequenz die Frage, wann der demokratische Rechtsstaat nicht nur  
106 beobachtet, sondern handelt – auch mit dem schärfsten Mittel, das ihm das Grundgesetz  
107 zur Verfügung stellt: dem Verbot einer verfassungsfeindlichen Partei.

#### 108 **Jetzt den Verbotsantrag fachlich strukturiert vorbereiten**

109 Für uns als SPD ist klar erkennbar, dass die AfD mit der Unterstützung illiberaler  
110 und demokratiefeindlicher, rechtsextremer Netzwerke das Ziel verfolgt, mit den  
111 Mitteln der Manipulation und Desinformation, der Verunsicherung und der Spaltung  
112 unserer Gesellschaft unsere freiheitliche demokratische Grundordnung systematisch zu  
113 beeinträchtigen. Eine solche Gefährdung unserer Demokratie werden wir nicht  
114 hinnehmen.

115 Wegen der besonderen Rolle und Privilegierung von Parteien in unserer politischen  
116 Ordnung sieht unsere Verfassung als Ultima Ratio, als äußerstes Mittel unserer

117 wehrhaften Demokratie, das Verbot einer Partei vor, wenn das Bundesverfassungsgericht  
118 in einem Prüfverfahren zu dem Schluss kommt, dass die Partei verfassungswidrig sei.  
119 Antragsberechtigt sind die Verfassungsorgane Bundestag, Bundesrat und  
120 Bundesregierung.

121 Für uns als SPD ist deshalb klar: Jetzt ist die Zeit, dass die antragsberechtigten  
122 Verfassungsorgane die Voraussetzungen schaffen, um unverzüglich einen Antrag auf  
123 Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD stellen zu können.

124 Wir wollen deshalb darauf hinwirken, dass die antragsberechtigten Verfassungsorgane  
125 durch Einsetzung einer Bund-Länder Arbeitsgruppe mit einer Sammlung von Materialien  
126 für ein Feststellungsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht beginnen. Zudem  
127 sollen Gutachter\*innen benannt werden, die das Material daraufhin prüfen, ob damit  
128 der Nachweis der Verfassungswidrigkeit der AfD erbracht werden kann. Sofern  
129 ausreichendes Material vorliegt, betrachten wir es als demokratische Pflicht, dass  
130 durch eines der antragsberechtigten Verfassungsorgane eine gut substantiierte  
131 Antragsstellung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD beim  
132 Bundesverfassungsgericht nach Art. 21 GG erfolgt.

133 Aus unserer Geschichte als älteste Partei Deutschlands, im Kampf gegen den Faschismus  
134 und an der Seite derer, die heute besonders von rechtsextremer Gewalt bedroht sind,  
135 setzt sich die SPD auf allen Ebenen für die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen  
136 die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht ein.

137 **Politisch handeln – strategisch verstehen: AfD-Zuspruch ernst nehmen, Menschen**  
138 **zurückgewinnen**

139 Doch klar ist auch: Ein Verbotsverfahren oder die Feststellung der  
140 Verfassungswidrigkeit der AfD ersetzt in keiner Weise die politische  
141 Auseinandersetzung mit ihrem Gedankengut. Der Zuspruch zur AfD wächst trotz ihrer  
142 rechtsextremen Botschaften. Damit müssen wir uns konzentriert und dringlich  
143 auseinandersetzen.

144 Wir sind überzeugt, dass bei weitem nicht alle Wähler und Wählerinnen der AfD über  
145 ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild verfügen. Doch warum wählen und unterstützen  
146 diese Menschen eine Partei, die offen gegen Grundrechte, soziale Gerechtigkeit und  
147 das Zusammenleben in Vielfalt agiert – und deren Politik oft gerade denjenigen  
148 schadet, die sie wählen?

149 Zu viele Menschen in Deutschland zweifeln an der Handlungsfähigkeit von Staat und  
150 Demokratie. Zu viele nehmen wahr, dass ihre Lebenssituation nicht gesehen wird, dass  
151 ihr Stimme nicht gehört wird und dass sie in viel zu geringem Maße selbst über ihr  
152 Leben bestimmen. Zu viele stellen infrage, ob es in Deutschland bei der Verteilung  
153 von Einkommen, Vermögen und der Chancen bei Bildung und Teilhabe gerecht zugeht.

154 Auf diese Fragen, auf diese Wahrnehmungen und Realitäten braucht die Sozialdemokratie  
155 Antworten, wenn wir den Zuspruch zu den radikalen Kräften brechen und Menschen  
156 zurückgewinnen wollen.

157 Der Parteivorstand wird deshalb beauftragt, in unserer Partei eine dauerhafte

158 Struktur zu schaffen, die die Ursachen des AfD-Zuspruchs sowie deren politische  
159 Methoden systematisch analysiert. Dazu soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden,  
160 die zentrale Motive, Milieus und Narrative untersucht – und auf dieser Grundlage ein  
161 Konzept entwickelt, wie wir Menschen mit unserer Politik inhaltlich aber auch im  
162 praktischen Tun direkt vor Ort auf dem Marktplatz, beim Kinderfest und vor dem  
163 Supermarkt wieder besser erreichen, überzeugen und dauerhaft zurückgewinnen – und in  
164 diesem Zusammenhang der AfD etwas entgegensetzen.

165 Diese Arbeitsgruppe muss ebenso eng mit der Kommission „KI und politische  
166 Kommunikation“ zusammenarbeiten, in der kurzfristig Maßnahmen gegen Desinformationen,  
167 Fake News und Online-Hass und -Hetze entwickelt werden.